ius.focus

Zivilprozessrecht

Beurteilung der Aussichtslosigkeit im Rahmen eines Gesuchs um unentgeltliche Rechtspflege

Art. 29 Abs. 3 BV; Art. 58, 117 lit. b ZPO; Art. 84 OR

Das Bundesgericht greift nur zurückhaltend in den Beurteilungsspielraum der Vorinstanz bei der prognostischen Beurteilung der Erfolgsaussichten eines Begehrens ein. [293]

BGer 4A_391/2015 vom 1. Oktober 2015

Das Bezirksgericht Einsiedeln hatte am 11. Februar 2015 die Klage der Beschwerdeführerin B. auf CHF 29 988.53 für ausstehenden Lohn, nicht abgeholte Überstunden und Schadenersatz wegen Kündigung zur Unzeit (erneut) abgewiesen mit der Begründung, dass gemäss Parteivereinbarung eine Entschädigung in US-Dollar geschuldet sei, B. ihre Begehren aber in Schweizer Franken gestellt habe. B. hatte dagegen Berufung an das Kantonsgericht Schwyz erhoben und, nachdem die Beklagte ein Kautionsbegehren gestellt hatte, um Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege und Befreiung von der Pflicht zur Kautionsleistung ersucht. Gleichzeitig hatte sie eine Klageänderung eingereicht und die Zusprennung von US-Dollar beantragt. Am 15. Juli 2015 hatte der Kantonsgerichtspräsident das Gesuch um Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege wegen Aussichtslosigkeit der Berufung abgewiesen.

Dagegen erhob B. Beschwerde in Zivilsachen und ersuchte auch für das bundesgerichtliche Verfahren um Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege.

Das Bundesgericht führte aus, dass nach Art. 117 ZPO ein Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege bestehe, wenn eine Partei nicht über die für die Prozessführung erforderlichen Mittel verfüge (lit. a) und ihr Rechtsbegehren nicht aussichtslos erscheine (lit. b). Die zum Begriff der Aussichtslosigkeit nach Art. 29 Abs. 3 BV entwickelte Praxis sei auch für die Auslegung von Art. 117 lit. b ZPO zu berücksichtigen. Aussichtslos seien Begehren, bei denen die Gewinnaussichten beträchtlich geringer seien als die Verlustgefahren, und die daher kaum als ernsthaft bezeichnet werden könnten. Entscheidend

sei, ob eine Partei, die über die nötigen Mittel verfüge, sich bei vernünftiger Überlegung zu einem Prozess entschliessen würde. Ob im Einzelfall genügende Erfolgsaussichten bestünden, beurteile sich aufgrund einer vorläufigen und summarischen Prüfung der Prozessaussichten nach den Verhältnissen im Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs.

Die prognostische Beurteilung der Erfolgsaussichten eröffne dem Sachgericht einen Beurteilungsspielraum, in den das Bundesgericht auch bei freier Prüfung der Rechtsfragen nur zurückhaltend eingreife. Erforderlich sei, dass von anerkannten Rechtsgrundsätzen abgewichen worden sei, dass Umstände beachtet worden seien, die für die Prognose im Einzelfall keine Rolle spielen dürften, oder dass umgekehrt Umstände ausser Betracht gelassen worden seien, die hätten beachtet werden müssen.

Der Richter dürfe eine nach Obligationenrecht in Fremdwährung geschuldete Geldleistung nicht in dieser Währung zusprechen, wenn das klägerische Rechtsbegehren (fälschlicherweise) auf Leistung in Schweizer Franken laute. Dies würde der Dispositionsmaxime nach Art. 58 ZPO widersprechen.

Gemäss dem Bundesgericht war die Beurteilung der Vorinstanz nachvollziehbar, wonach B. mit der Forderung einer Zahlung in Schweizer Franken im Rechtsbegehren etwas verlangt habe, was ihr gemäss Wortlaut des Vertrags nicht zustehe. B. komme mit ihren Vorbringen nicht gegen die vorläufige Würdigung der Erfolgsaussichten der Berufung durch die Vorinstanz auf. Das Gericht wies daher die Beschwerde ab, soweit es darauf überhaupt eintrat.

Kommentar

Dem Entscheid ist zuzustimmen.

Die Aussichtslosigkeit eines Begehrens kann materieller oder formeller Art sein: Formelle Aussichtslosigkeit liegt vor, wenn eine oder mehrere Prozessvoraussetzungen fehlen, wie z.B. bei Fehlen der Zuständigkeit oder auch das Verpassen prozessualer Fristen (BSK ZPO-RÜEGG, Art. 117 N 19; EMMEL, in: Sutter-Somm/Hasenböhler/Leuenberger [Hrsg.], Kommentar zur Schweizerischen Zivilprozessordnung [ZPO], 3. A., Zürich 2016, Art. 117 N 13). Materielle Aussichtslosigkeit besteht, wenn keine Sachlegitimation vorliegt oder die materiellrechtliche Verjährung eingetreten ist (BSK ZPO-RÜEGG, Art. 117 N 19). Massgeblich ist nur die rechtliche, nicht aber die tatsächliche Aussichtslosigkeit, welche dann gegeben ist, wenn der geltend gemachte Anspruch aufgrund der Zahlungsunfähigkeit des Prozessgegners trotz Gutheissung nicht einbringlich ist (KUKO ZPO-JENT-SØRENSEN, Art. 117 N 34; EMMEL, a.a.O., Art. 117 N 13).